

Zeugspiegel
für Halle monatlich bei zweimaliger
Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich
6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark
ausf. Zustellungsgebühr. Einzel-
nummer 15 Pf. Bestellungen werden
von allen Reichspostämtern ange-
nommen. Im amtlichen Zeitungsvor-
zeichnis unter Coale-Zeitung einge-
tragen. Für unentgeltlich eingege-
bene Manuskripte wird keine Gewähr
übernommen. Nachdruck nur mit der
Quellenangabe „Coale-Zeitung“ ge-
statet. Ferner der Schriftleitung Nr.
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1142
u. 1143, der Zeugspiegel-Nr. 1133,
Postfach-Rente Leipzig Nr. 4009.

Coale-Zeitung

Dreihundertfünfzigster Jahrgang.

Anzeige
werden d. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

Nr. 330.

Halle, Donnerstag, den 17. Juli.

1919.

Die Ehe in der Verfassung.

Deutsche Nationalversammlung.

WTB. Weimar, 17. Juli. 59. Sitzung. Am Regierungstisch: Dr. Frey, Giesberts, Schulz, Meyer.
Präsident Frey eröffnet die Sitzung nach 9 1/2 Uhr damit, daß er auf die Geschäftsordnung Bestimmung hinweist, daß das Referat hinsichtlich der Ehe nur denjenigen Mitgliedern gestattet ist, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind. (Heiterkeit.) Die freie Rede werde zur Vertiefung der Verhandlungen beitragen. (Heiterkeit.)

Die Beratung des Verfassungsentwurfs

wird mit der Abstimmung über die Artikel 118/119 fortgesetzt. In Bezug auf die Ehe wird nach dem Antrag der Demokratischen Partei beschlossen: Die Ehe steht unter dem Schutz der Verfassung. Die Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge des Staates. (Die Vortage sagte über die Mutterhaftigkeit nichts.)

In Bezug auf die unehelichen Kinder wird der Antrag der Unabhängigen, wonach

das uneheliche Kind den Namen des Vaters tragen soll, abgelehnt, dagegen der Antrag der Unabhängigen, daß die Mutter des unehelichen Kindes den Anspruch hat, auch im amtlichen Verkehr als Frau bezeichnet zu werden, durch Ausschluß mit 138 gegen 138 Stimmen angenommen.

Der Antrag der Sozialdemokraten Frau Zschagz und Genossen, wonach die unehelichen Kinder ein Recht auf den Namen des Vaters haben und den ehelichen Kindern rechtlich gleichstellen sollen, wird in namentlicher Abstimmung mit 165 gegen 126 Stimmen abgelehnt. Auch der Antrag derselben Abgeordneten, wonach das uneheliche Kind das gleiche Recht auf Unterhalt, Erziehung und Erbe an Vater und Mutter wie die ehelichen Kinder hat, wird abgelehnt. Angenommen wird dagegen der Antrag der Demokraten:

Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Gleichfalls auf Antrag der Demokraten wird die Bestimmung über die Förderung der Familie in folgender Fassung angenommen: Die Gesundheit und soziale Förderung der Familie ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden. Kindevollständige Familien haben Anspruch auf ausreichende Fürsorge.

Ferner wird die vom Ausschuß beantragte Entschließung angenommen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die rechtliche und soziale Stellung des unehelichen Kindes in dem beschlossenen Sinne neu regelt. Die übrigen Anträge werden abgelehnt.

Artikel 120 bestimmt: Die

Jugend ist gegen Ausbeutung sowie gegen sittliche, geistige oder körperliche Vernachlässigung zu schützen. Nach kurzer Debatte wird Artikel 120 mit Änderungen nach einem Antrage von Frau Agnes und Genossen (H. S.), daß Staat und Gemeinden nicht die Länder, die zum Schutz der Jugend erforderlichen Einrichtungen treffen sollen, angenommen.

Artikel 121 gibt allen Deutschen das Recht, sich ohne Anmeldung und Befonderer Erlaubnis freiwillig und unentgeltlich zu verheiraten, nur Verlobungen unter freiem Himmel können nach einem zu erwartenden Reichsgesetz anmeldepflichtig gemacht werden. Ein Antrag Frau Agnes und Genossen (H. S.) beantragt, den letzten Satz zu streichen.

Reichskommissar Dr. Frey: Man soll bedenken, wie alle Befugnisse, so können auch politische Rechte mißbraucht werden. Eine Gefahr für die politische Freiheit entsteht nicht, wenn die Beschränkung des Versammlungsrechts angenommen würde.

Die Fassung des Ausschusses wird angenommen.

Änderung des Gesetzes über die Vermögensabgabe.

Am 17. Juli. (Drathnachricht.) Das Gesetz über die Vermögensabgabe ist in der jetzt veröffentlichten Form nach feineswegs abgesehen. Es wird am kommenden Freitag erst nach vom Staatsrat geprüft werden, und es ist sehr zweifelhaft, ob die Vertreter der Länder das Gesetz in der ursprünglichen Fassung an die Nationalversammlung weitergeben.

Ein hinausgeschobener Generalstreik.

WTB. Greifswald, 17. Juli. Der für heute morgen angekündigte Beginn des Generalstreiks in Greifswald ist hinausgeschoben worden, weil vom Oberpräsidenten in Stettin Maßnahmen ergriffen worden sind, welche die Aufhebung des Belagerungszustandes im Auge haben. Vom Oberpräsidenten in Stettin wird mitgeteilt, daß die Aufhebung des Belagerungszustandes im Stadtkreis Greifswald, im Landkreis Greifswald, im Landkreis Stettin und auf der Insel Rügen binnen 24 Stunden angeordnet wird. Infolgedessen hat sich die Arbeiterschaft wieder beruhigt. In Greifswald wird der

Arbeitsstreik der Bürgerwehr sehr scharf kritisiert. Telefongespräche mit Straßend und Telegramme können nicht durchgeführt werden, da nur militärische Gespräche mit Straßend zugelassen sind. Auch die Postbeamten haben sich dem Ausstand angeschlossen.

Clemenceaus Regierung „viel zu reaktionär“.

Kott erdam, 17. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Aus Paris wird gemeldet: Anlässlich der letzten Vorträge in der Kammer über die Korrespondenz des „Daily Herald“, erlaube ich mir, daß das Kabinett Clemenceau in Kürze zurücktreten werde. Allgemein ist man der Ansicht, daß die Regierung viel zu reaktionär sei, um Frankreichs Zukunft in der rechten Weise zu leiten. Briand würde ein liberales Kabinett bilden und hätte daher die größten Aussichten auf dem Posten von Clemenceau.

Gericht über eine Ermordung Clemenceaus.

Genf, 17. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) In Genf verurteilt ein neues Gericht das unkontrollierbare Gericht, daß Clemenceau ermordet worden ist.

Der Memeler Freihafen.

Haag, 17. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) „Daily Mail“ erklärt, daß das von Deutschland abgetretene Memeler Gebiet zum Freihafen erklärt werden wird, zahlreiche englische Großhandelshäuser haben große Bedenken entgegen zur Vornahme von Handelsniederlassungen.

Ein englischer Milliardenkredit für Deutschland?

Kott erdam, 17. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Aus London wird gemeldet: Zuverlässig verlautet, daß England beabsichtigt, Deutschland für Barmittelkredite für die ersten sechs Monate einen Milliardenkredit zu gewähren. Man nennt die Summe von 1 bis 2 Milliarden Schilling.

Weitere Kontrollkommissionen für Deutschland.

Haag, 17. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Aus Paris wird gemeldet: Die Alliierten beschließen, in Deutschland im Interesse der Ein- und Ausfuhr Kontrollkommissionen einzusetzen zur Sicherung der Anspülung an Deutschland.

Eisenbahnstreik in England.

Kott erdam, 17. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Unter dem Eindruck der Nord-Engländer ist ein Streik ausgedehnt. Die Eisenbahnen im Norden Englands stehen vollständig still. In New Castle sind Verhandlungen zur Beilegung des Streiks eingeleitet worden.

Streik im New Yorker Hafen.

Amsterdam, 17. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) 400 Schiffe liegen, wie das Pressebüro meldet, im New Yorker Hafen still. Etwa 15 000 Mann sind im Ausstand. Die Stewards und Matrosen wollen sich den Ausständigen anschließen.

Die Verantwortlichkeit für den Krieg.

Paris, 17. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Die Kommission für die Verantwortlichkeit für den Krieg trat heute, Donnerstag, zu einer Sitzung zusammen, in der voranschlägt auch die Antwort auf die Briefe Bethmann-Hollweg und Hindenburg festgestellt werden wird.

Die Schuld tragen wieder die Unabhängigen.

Stettin, 16. Juli. Die heute ausgebrochene Generalstreik stellt sich als eine Ueberrumpelung der Arbeiter durch die unabhängige Sozialdemokratie dar.

Eine heute nachmittag abgehaltene Versammlung des Aktionsausschusses der Reichsbildungsvereine, an der Vertreter aller Gewerkschaften teilnahmen, beschloß infolgedessen, daß in den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken die Arbeit sofort wieder aufgenommen, im Übrigen aber der Streik fortgesetzt werden solle, bis eine auf wahren Arbeiterinteressen beruhende Verträge zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern abgeschlossen wird. Die Zeitungsvorleger haben beschlossen, die Zeitungen vorläufig nicht erscheinen zu lassen. Der Oberpräsident und der Zentralarbeitsrat der Provinz Pommern haben sich telegraphisch an die Ministerien gewandt und um Aufhebung des Belagerungszustandes über Pommern gebeten.

Der Berliner Vollzugsrat gepregnet.

Der Berliner Vollzugsrat ist gestern gepregnet worden. Die Reichsbildungsvereine und die Demokraten haben beschlossen, aus dem Vollzugsrat auszusteigen und an den Vollversammlungen der K. und S. nicht mehr teilzunehmen. Beide Parteien werden einen neuen Vollzugsrat bilden.

Am Vortage des demokratischen Parteitag.

5 658 618 Stimmen vereinten die Kandidaten der Deutschen demokratischen Partei am ersten Wahltage dieses Jahres, am 19. Januar. 75 Kandidaten entfielen nach dem Verhältniswahlsystem auf die demokratische Partei, die damit die Drittkräftige in der verfassunggebenden Nationalversammlung wurde. Es ist klar, daß es in einer derart großen Partei nicht nur eine einzige, fest umrissene Meinung geben kann. Gerade in einer demokratischen Partei wird es leicht immer mancherlei Meinungen, Ansichten und Strömungen geben, wobei die Hauptfrage bleibt: Der demokratische Gedanke muß gewahrt werden, seine Ideen müssen in praktische Taten umgesetzt werden. Ueber die Wege hierzu kann man verschiedener Meinung sein, aber die Idee an sich sollte Uebereinstimmung bestehen oder doch geschaffen werden, denn dazu ist der Parteitag da.

Andere große Parteien sind mit einer Tagung vorangegangen. Die sozialdemokratische Partei versammelte die Führer ihres Herbermann im Nationaltheater in Weimar, die Deutschnationalen waren vor etwa einer Woche zusammengetreten. Die Deutsche demokratische Partei ist eine neue Organisation. Auf ihrer Tagung finden sich zum ersten Male die ehemaligen Nationalliberalen, Fortschrittler und solche Staatsbürger zusammen, die erst durch die November-Verhältnisse zu einem lebhafteren Interesse gekommen sind. Wir wollen hoffen — und das ist unser erster Wunsch für den Parteitag — daß man nicht auch auf dieser Tagung wieder Unterdrückte macht. Es geht immer parteipolitisch kleinlich aus, wenn man z. B. bei allen Wahlen sorgfältig darauf achtet, daß nur ja auch beide Teile, Nationalliberalen und Fortschrittler, die gleiche Berücksichtigung erfahren. Wollte man dieses Verfahren fortsetzen, käme man nie zu einer einzigen und geschlossenen Partei. Es kommt heute nicht mehr darauf an, was dieses oder jenes Mitglied parteipolitisch vor dem 9. November 1918 war, sondern lediglich darauf, daß er heute überzeugter Demokrat ist.

Die Schwere der Zeit wird auch auf dieser Tagung lasten. Seit dem Bestehen der jungen Partei hat sich eine Fülle von Ereignissen abgespielt, denen schon im einzelnen große Bedeutung zukommt. Ueber die Art und Weise der Erledigung der hinter uns liegenden Streitfragen werden die verschiedensten Ansichten und Meinungen ausgetauscht. Es ist auch nicht daran zu zweifeln, daß es zu lebhaften Auseinandersetzungen hierüber kommen wird. Und das ist gut! Diese Auseinandersetzungen werden nur ein Spiegelbild der Summe von Kräften sein, die zum Nutzen der Allgemeinheit nach Macht und Einfluß der demokratischen Idee drängen. Der zweite Wunsch für den Parteitag möge nun der sein, daß alle erforderlichen Auseinandersetzungen sich in Formen vollziehen, die niemals auch nur im leisesten verfehlen lassen, daß wir die demokratische Partei und die sind. Das gilt mehr noch für den Blick nach vorwärts, den Blick in die Zukunft. Bei aller Wichtigkeit der hinter uns liegenden Entwicklung, wichtiger noch sind die Fragen und Probleme der Zukunft, deren Lösung die nächsten Monate bringen sollen. Bei alledem sollen Meinungsverschiedenheiten nicht verschleiert werden. Es wäre bedenklich, wenn man etwa zutage tretende Gegenstände mit Schlagworten und sonstigen schönen Worten verkleistern wollte. Alle Meinungsverschiedenheiten sollen und müssen zum Ausdruck gebracht werden.

Groß sind die organisatorischen Aufgaben, die zu lösen sind. Wir wollen hoffen, daß die junge Demokratie, die bereits am Tage vor dem allgemeinen Parteitage sich zusammenschloß, recht kräftig in Erscheinung tritt. Gerade aus den Kreisen der jungen Demokraten erhoffen wir den Nachwuchs, der wie ein Säugling in der Gesamtpartei wirkt. Nicht minder viel erhoffen und erwarten wir von der demokratischen Frauenbewegung. Von ihr muß ein heiliges Feuer der Begleitung ausgehen und alle die hunderttausende Frauen mitziehen, die bisher immer noch abseits standen. Schwere wird die Aufstellung eines Parteiprogramms sein. Es ist hier schon einmal darauf hingewiesen worden, daß der vorgelegte Entwurf den demokratischen Ansprüchen der neuen Zeit durchaus nicht genügen kann. Vielleicht ist es die beste Lösung, wenn die Einzelheiten des vorliegenden Entwurfes als Richtschnur angesehen werden, die solange Geltung behalten, bis erste Erwähnte das

